

**„Von der improvisierten zur geglückten Demokratie.  
Deutschlands schwieriger Weg im 20. Jahrhundert.“**

1939 – 1969: Krieg und Frieden

Prof. Dr. Edgar Wolfrum

(2009)

**Inhalt:**

Vorwort .....	2
1939 – 1969: Krieg und Frieden .....	3
Zum Autor / Redaktioneller Hinweis .....	8

## Vorwort

Im Rahmen einer Veranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des sechzigsten Jahrestags der Gründung der Bundesrepublik Deutschland referierte Prof. Dr. Edgar Wolfrum am 27. Februar 2009 in Berlin über „Von der improvisierten zur geglückten Demokratie. Deutschlands schwieriger Weg im 20. Jahrhundert“.

Der Vortrag reflektiert in diesem Kontext fünf Vergleichsebenen:

- 1919 – 1949: Verfassungen
- 1918 / 19 – 1989: Revolutionen
- 1939 – 1969: Krieg und Frieden
- 1929 – 1979 – 2009: Wirtschaftskrisen
- 1949 – 1989: Demokratie und Diktatur

Einleitend formuliert Edgar Wolfrum:

„Ein Deutscher, der um 1900 geboren wurde, konnte, wenn ihm ein langes Leben beschieden war, Erfahrungen machen mit fünf Deutschlands, konnte fünf deutsche Staaten erleben, die unterschiedlicher nicht hätten sein können, von denen wiederum vier untergingen – eine Untergangshäufigkeit innerhalb kürzester Zeit, die einmalig ist in der ganzen Weltgeschichte: 1918 wurde die Monarchie zu Grabe getragen, ging in den Stürmen des Ersten Weltkrieges das Kaiserreich zugrunde; die überforderte Weimarer Republik existierte mit Mühe und Not nur bis 1933; das totalitäre „Dritte Reich“ war 1945 endlich zertrümmert; die realsozialistische DDR überlebte immerhin vierzig Jahre; nur die Bundesrepublik erwies sich als stabil und besteht, wenngleich seit 1990 in veränderter Weise, bis heute fort.“

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um Kapitel 3 „1939-1969: Krieg und Frieden“.

*„Erst beides zusammen – Westintegration und Neue Ostpolitik – machte die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik komplett.“*

## 1939 – 1969: Krieg und Frieden

Bis 1945 war Europa der am meisten blutgetränkte Kontinent, war es das Schlachtfeld der Weltgeschichte. Ob und wie dieser Kontinent der Gewalt zur Ruhe kommen würde, hing entscheidend von den Deutschen ab. Als Mobilisierungs- und Kriegsstaat hatte das nationalsozialistische Regime seit 1939 untrennbar Raumeroberung und Rassenvernichtung miteinander verknüpft und den totalen Krieg bis zum bitteren Ende, bis zur totalen Niederlage geführt.

Die Bejahung des Krieges und der Wille zum Krieg waren immanente Bestandteile der nationalsozialistischen „Weltanschauung“. So hat der Nationalsozialismus den Krieg nicht allein in das Kalkül seiner Politik einbezogen – wie das Deutsche Kaiserreich vor 1914 –, sondern der Krieg war als fester Bestandteil der NS-Politik eingeplant, und Judentum und Bolschewismus wurden zum identischen Gegner erklärt.

Die Führung der Wehrmacht folgte dem bereitwillig und nur gelegentlich zweifelnd. Der Leitende Historiker des vom bundesdeutschen Verteidigungsministerium unterhaltenen Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Manfred Messerschmidt, fasste die Erkenntnisse vor rund dreißig Jahren folgendermaßen zusammen: „So muss der Krieg gegen die Sowjetunion, ein Angriffskrieg, wie alle andern deutschen kriegerischen Unternehmungen seit 1939, über den allgemeinen Unrechtsgehalt hinaus als ein von der Wehrmacht-, Heeres-, Luftwaffen- und Marineführung mitgeplantes Ereignis gewertet werden, das den absoluten Tiefpunkt der deutschen Militärgeschichte darstellt.“

Der Überfall auf Polen, die Besetzung Jugoslawiens, vor allem aber der Feldzug gegen die Sowjetunion brachten einen neuen Typ von entgrenztem Krieg hervor. Die Wehrmacht, die mit 10 Millionen Soldaten mehr als die Hälfte ihres Bestandes an der Ostfront einsetzte, war, wie man spätestens seit den Nürnberger Prozessen 1946 wissen konnte, wenn auch nicht wollte, Instrument wie Motor der nationalsozialistischen Rassen- und Eroberungspolitik gewesen. Sie hatte einen Krieg geführt, der nicht nur die militärische Niederlage des Gegners, sondern die Dezimierung der als rassistisch minderwertig geltenden Slawen und die Ausrottung

der Juden wollte. Allein verantwortlich war die Wehrmacht für den Tod von 3,3 Millionen Kriegsgefangenen. Und dem Kommissarbefehl gehorsam ergeben, ermordete die Wehrmacht 1941/42 Tausende gefangener Politoffiziere der Roten Armee. Kaum ein Völkerrechtsverstoß war so offensichtlich wie die systematische Tötung regulärer uniformierter Kriegsgefangener. Noch nie zuvor waren deutschen Soldaten so unverhohlen von Staats wegen derart planmäßige Kriegsverbrechen befohlen worden.

Wie geht ein junger Staat, in diesem Falle die Bundesrepublik Deutschland, mit Krieg und Frieden allgemein und mit dem Militär im Besonderen um, dem in Deutschland seit jeher eine bewunderte Sonderrolle zugebilligt worden war?

Über politische Gräben hinweg hatte die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft in den 1950er Jahren ihren Frieden mit Hitlers Armee geschlossen – die Ehrerklärung des Bundeskanzlers und das westalliierte Drängen nach einem neuen bundesdeutschen Wehrbeitrag trugen dazu bei. Eine „saubere“ Wehrmacht habe einen „normalen“ Krieg geführt.

In den Fünfzigern erschien eine Flut von Generalsmemoiren, unterstützt von Historikern, die eben noch selber Soldat gewesen waren. Darin wurde die Wehrmacht als naziferne, fast widerständige Organisation modelliert. Sie war in dieser Sicht ein schuldlos-schuldiges Opfer. Der Völkermord schien allein Sache der SS gewesen zu sein. Generalfeldmarschall Kesselring und andere Führer der Wehrmacht spielten bei der Ehrenrettung eine gewichtige Rolle. Kräftige Netzwerke erwiesen sich als erfolgreich darin, Zeichen für die Unschuld der Wehrmacht zu setzen. Auch die Medien stimmten diese Melodie an. Die Illustrierte „Stern“ schrieb über die in Spandau inhaftierten Kriegsverbrecher am 5. Februar 1950: „Sie alle sind keine Verbrecher. Sie sind Gentlemen“.

Von dieser bedrückenden Situation aus betrachtet ist es zu ermessen, wie ungeheuer schwierig es sein musste, zum Konzept von Wolf Graf von Baudissin vorzustoßen: Nämlich das Militär in die demokratische Gesellschaft zu integrieren, einen „Staatsbürger in Uniform“ herauszubilden. Zum vollen Durchbruch gelangte dieses Ideal eigentlich erst in den 1970er Jahren. Dem musste der Machtwechsel von 1969 vorausgehen.

Seit Mitte der 1960er Jahre hatte sich der Wind gedreht: Sozialdemokratische und liberale Politiker bezeichneten, flankiert von den Kirchen, den Krieg gegen die Sowjetunion als das, was er war, kein „normaler“ Krieg, sondern ein Vernichtungskrieg. Der sozial-liberale

Machtwechsel 1969 war ein Bündnis für die Neue Ostpolitik – und die Neue Ostpolitik war Friedenspolitik, sie beruhte auf Gewaltverzichtabkommen.

Dreißig Jahre nach der Kriegsentfesselung Hitlers wurde ein Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime deutscher Bundeskanzler – dies bedeutete einen tiefen historischen Einschnitt. Willy Brandt hatte Recht, wenn er sagte: „Jetzt hat Hitler endgültig den Krieg verloren.“

Seit dem Jahr 1901 wurde der Friedensnobelpreis vergeben, und im 20. Jahrhundert haben ihn vier Deutsche erhalten: 1926 Außenminister Gustav Stresemann, 1927 Ludwig Quidde, der wichtigste Vertreter der deutschen Friedensbewegung, 1935 Carl von Ossietzky, der bereits inhaftierte Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, und schließlich 1971 Bundeskanzler Willy Brandt. Als er am 10. Dezember 1971 in der Aula der Universität von Oslo die Urkunde und die Medaille entgegennahm, erschien das bundesrepublikanische „Modell Deutschland“, von dem er häufig sprach, als „Friedensmacht“. Die Bundesrepublik setzte sich bewusst von der aggressiven Hegemonial- und Kriegspolitik des Deutschen Reiches ab und folgte den Leitsternen von Entspannung, Verständigung und Frieden. In der Begründung des Nobel-Komitees hieß es, Brandt habe mit seiner Neuen Ostpolitik – man dachte vor allem an den Warschauer Vertrag mit Polen – die Hand zur Versöhnung zwischen alten Feindesländern ausgestreckt.

Kein deutscher Bundeskanzler stand je in weltweit so hohem Ansehen wie Brandt damals – Adenauer war nur im Westen geschätzt –, und seine Politik der Aussöhnung mit den Staaten Ostmittel- und Osteuropas umgab die Aura einer großen Friedenstat.

Flankiert wurde die Idee einer „Friedensmacht“ dadurch, dass die sozial-liberale Regierung auf Impuls von Bundespräsident Gustav Heinemann Mitte 1970 die „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ gründete, die nicht nur die Forschung vorantreiben, sondern auch den Friedensgedanken verbreiten sollte.

Am 7. Dezember 1970, nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, trat Willy Brandt vor das Denkmal des Warschauer Getto-Aufstandes, ordnete die Schleifen des niedergelegten Kranzes, trat zurück und sank plötzlich und für alle vollkommen unerwartet auf die Knie. Mit gesenktem Kopf und gefalteten Händen blieb er etwa eine halbe Minute in dieser Stellung, bevor er sich ruckartig erhob und schweigend den Ort verließ. Das Bild des knienden Kanzlers ging um die Welt. Es überhöhte die völkerrechtlichen Verträge von Moskau und Warschau durch eine moralische Kraft sondergleichen. Brandt wurde so zu einer Ikone des Friedens. Hermann Schreiber, mitgereister Journalist des Nachrichtenmagazins DER

SPIEGEL, beschrieb mit Blick auf den biographischen Hintergrund Brandts als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus die Dramatik der Situation: „Dann kniet er, der das nicht nötig hat, da für alle, die es nötig haben, aber nicht knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.“ Und ein polnischer Beobachter stellte an den in Warschau ebenfalls anwesenden ZEIT-Journalisten Hansjakob Stehle die Frage, „ob die Bundesrepublik einen solchen Kanzler schon verdient“ habe.

Der Kniefall war das eindringlichste Symbol der Neuen Ostpolitik Willy Brandts, die zu einem Ausgleich mit den Ländern im Osten führte und die Westpolitik Konrad Adenauers ergänzte. Erst beides zusammen – Westintegration und Neue Ostpolitik – machte die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik komplett.

Brandts Kniefall war ein Zeichen für die Veränderungen Deutschlands nach dem Krieg, nämlich dafür, dass die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt hatten. Er symbolisierte den Übergang von der Phase des Verdrängens zur Zeit der Anerkennung und Aufarbeitung deutscher Schuld. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker meinte viel später sogar, dass Brandts symbolische Geste die EU-Osterweiterung erst ermöglicht habe. Tatsächlich hat sie Vertrauen in die Deutschen geschaffen. Michail Gorbatschow war ab 1985 der erste Sowjetführer, der Zutrauen in die demokratischen Fähigkeiten der Deutschen hatte, der ihnen Vertrauen schenkte. Deshalb stieß er kühn und weitsichtig zugleich das Tor zur deutschen Einheit auf, die ohne die Neue Ostpolitik gar nicht denkbar gewesen wäre.

Bis zur Wiedervereinigung hatte die Bundesrepublik Deutschland nicht direkt an Kriegen teilgenommen. Meist floss viel Geld – und andere kämpften. Diese „Scheckbuchdiplomatie“ war seit den 1990er Jahren zu Ende; die Partner erwarteten mehr, die Deutschen sollten sich aktiv beteiligen. 1992 nahm die Bundeswehr erstmals an einem Einsatz der UNO teil und entsandte Soldaten nach Kambodscha. Auch in den jugoslawischen Krieg griff sie im Rahmen einer Kriegsbeteiligung der EU ein.

Das Bundesverfassungsgericht stellte im Juli 1994 klar, dass Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Territoriums mit dem Grundgesetz vereinbar sind, wenn sie der Erhaltung und Durchsetzung des Friedens dienen.

Eine neue Qualität erhielten die Auslandseinsätze der Bundeswehr unter der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 – ausgerechnet in einer Konstellation, als die GRÜNEN, die in erheblichen Teilen aus der Friedensbewegung hervorgingen, erstmals an einer Regierung im

Bund beteiligt waren. Sicherlich war es das Verdienst von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer, dass Deutschland sich heute im Konzert der Staaten und Mächte beteiligt – und zwar nach Maßgabe seiner eigenen Interessen und Geschichte.

Auch wenn die Bundesrepublik heute größere internationale Verantwortung als jemals in ihrer Geschichte trägt und militärisch nicht mehr beiseite steht, so ist sie doch die treibende Kraft bei der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, der „global governance“. Dies ist das friedenspolitische Erbe der „alten“ Bundesrepublik. Gewaltprävention und Konfliktvermeidung werden auch die Grundpfeiler kluger Politik in der Zukunft sein müssen.

## Zum Autor / Redaktioneller Hinweis

Edgar Wolfrum (Jg. 1960), Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg. Studium in Freiburg i.Br. und Salamanca, Promotion 1990, Habilitation 1999.

Weitere Infos: [http://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk/histsem/mitglieder/ls\\_wolfrum\\_person.html](http://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk/histsem/mitglieder/ls_wolfrum_person.html)

*Stand: November 2012*

---

Die vollständige Publikation „Von der improvisierten zur geglückten Demokratie. Deutschlands schwieriger Weg im 20. Jahrhundert“ (41 S.) ist via <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/06668.pdf> erhältlich.

Die Publikation wurde 2009 herausgegeben von Michael Schneider, Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, und ist in der Reihe „*Gesprächskreis Geschichte*“ erschienen.